



Niedersachsen

Mit Unterschrift Patientenberatung retten

Seit 2006 berät die Unabhängige Patientenberatung Deutschland (UPD) kostenfrei und neutral rund um das Thema Gesundheit und sorgt dafür, dass Patienten ihre Rechte durchsetzen können. Der Spitzenverband der gesetzlichen Krankenkassen und der Patientenbeauftragte der Bundesregierung, Karl-Josef Laumann (CDU), beabsichtigen, die Patientenberatung gegen den Protest des wissenschaftlichen Beirats der UPD und zahlreicher Politiker an die Sanvartis GmbH zu vergeben. Bundesweit sind davon 21 Beratungsstellen betroffen, darunter auch Hannover. Dort ist der SoVD Träger. Sanvartis ist ein privates Unternehmen und hat bereits als Dienstleister für Krankenkassen gearbeitet.

„Wenn die Patientenberatung tatsächlich an Sanvartis vergeben wird, bleiben die hohe Qualität und die unabhängige Unterstützung von Ratsuchenden auf der Strecke“, sagt Adolf Bauer, Vorsitzender des SoVD-Landesverbandes Niedersachsen e.V. Dass ein Beratungsangebot, das bislang so gut funktioniert und sich bewährt habe, aufgelöst werde, könne er nicht nachvollziehen.

„In diesem Zusammenhang wäre das Wort unabhängig auch nicht mehr angebracht“, ergänzt Christina Ziethen, geschäftsführende Vorsitzende des Gesundheitszentrums Göttingen. Der Verein trägt die UPD in Göttingen. Es dränge sich vielmehr der Verdacht auf, dass eine an-

erkannte und mitunter für Krankenkassen unbequeme Patientenberatung mundtot gemacht werden solle.

Schließlich zeige der letzte UPD-Jahresbericht, dass viele Ratsuchende Probleme mit ihrer Krankenkasse unter anderem beim Thema Krankengeld haben. Viele von ihnen fühlen sich während einer längeren Krankenschreibung von ihrer Kasse unter Druck gesetzt, sich wieder als arbeitsfähig einzustufen zu lassen.

Sollte die Finanzierung der UPD tatsächlich Ende 2015 eingestellt werden, verlieren erfahrene Beraterinnen und Berater ihren Job. Neues Personal muss vom neuen Träger aufgebaut werden.

Auch der SoVD-Bundes-



Foto: UPD

Insgesamt 80'000 Beratungsgespräche führt die UPD im Jahr durch – sowohl telefonisch als auch persönlich.

verband hat sich in einem Schreiben an den Patientenbeauftragten und an den Bundesgesundheitsminister Hermann Gröhe (CDU) gegen eine Vergabe an Sanvartis stark gemacht: „Der Grundsatz der Unabhängigkeit und Neutralität würde beim ausgewählten Gebot massiv verletzt.“ Die hohe Qualität und die unabhängige Unter-

stützung von Patientinnen und Patienten sei in Gefahr, wenn die Beratung über einen kommerziellen Anbieter erfolge.

Die UPD-Gesellschafter haben zudem eine Rüge bei der Vergabekammer des Kartellamtes eingereicht. Die Entscheidung dazu steht allerdings noch aus.

Neuigkeiten zum Stand des

Verfahrens erhalten Sie auf der Internetseite www.sovd-nds.de. Auf dem Internetportal www.fuer-unabhaengigepatientenberatung.de haben Interessierte die Möglichkeit, ihre Solidarität zur UPD mit einem Statement deutlich zu machen und bei einer Petition ihre Unterschrift für den Erhalt des Beratungsangebots zu leisten. sj



Niedersachsen

Kosten für Assistenzhunde übernehmen



Foto: Peter Hiltmann

Für Blindenführhunde werden die Kosten von der Krankenkasse übernommen, für Assistenzhunde nicht. Dabei helfen sie zum Beispiel bei Öffnen von Türen, Tragen von Gepäck oder warnen vor einem epileptischen Anfall.

Warum gelten für Assistenzhunde eigentlich andere Regelungen als für Blindenführhunde? Warum werden die Kosten nicht übernommen? Warum fehlen einheitliche Ausbildungsstandards? Das fragt sich die SoVD-Jugend in Niedersachsen schon lange. Schließlich sind Assistenzhunde für Menschen mit Behinderung, Diabetes oder Epilepsie enorm wichtig. Für einen Entschließungsantrag der CDU hat die SoVD-Jugend jetzt alle ihre Forderungen zusammengefasst.

Blindenführhunde erleichtern blinden und sehbehinderten Menschen das Leben. Sie sorgen für mehr Mobilität und für eine selbstständige Teilhabe an der Gesellschaft. Deshalb sind diese Hunde im Hilfsmittelverzeichnis der Krankenkassen aufgeführt und entsprechende Kosten werden übernommen. Bei Assistenzhunden, die beispielsweise Menschen mit Diabetes, Autismus oder Epilepsie unterstützen, sieht das allerdings ganz anders aus. Deren Ausbildung und Kosten muss der Besitzer selbst tragen. Begründet wird diese Tatsache seitens des Spitzenverbandes der

gesetzlichen Krankenkassen mit fehlenden einheitlichen Ausbildungsstandards bei Assistenzhunden.

„Da müssen unbedingt entsprechende Standards her. Insgesamt ist diese Unterscheidung ungerecht und für uns nicht nachvollziehbar“, sagt Kerstin Koch, Sprecherin des niedersächsischen SoVD-Jugendbeirats. Deshalb begrüße sie auch den Entschließungsantrag der CDU-Fraktion. „Wir finden aber, dass es nicht nur ein niedersächsisches Landesgesetz, sondern bundeseinheitliche Regelungen geben sollte. Damit endlich Bewegung in die Sache kommt.“ sj